PB.Z-01-087

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Markus Drenger (KV Bonn)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 87 bis 101:
~~Sichere und geschützte digitale Identitäten sind (häufig) das fehlende Puzzlestück für moderne staatliche Dienstleistungen und die vertrauensvolle Nutzung privater Dienste. Wir wollen auch bei digitalen Verwaltungsleistungen vorankommen und den Sprung zu sicheren mobilen digitalen Identitäten per Smartphone (Wallet-Lösungen) ermöglichen – wie es zum Beispiel in skandinavischen Ländern schon Praxis ist. Mit dem mobilen Personalausweis auf dem Smartphone sollen Bürger*innen beispielsweise Behördengänge oder die Steuererklärungen abwickeln können. Mit einer staatlich abgesicherten ID-Wallet, die den höchsten Datenschutz- und IT-Sicherheitsstandards entspricht, sollen Bürger*innen ihren Personalausweis, ihren Führerschein oder ihre Krankenkassenkarte, aber auch Zahlungsdaten und Mitgliedschaften sicher auf dem Smartphone verwahren können und nicht auf private Anbieter angewiesen sein müssen. Diese digitalen Identitäten können dann auch für die sichere Nutzung von privaten Diensten wie Online-Versandhandel genutzt werden. Dafür schaffen wir die gesetzliche Grundlage, fördern die öffentliche Entwicklung und Zertifizierung. Europa und Deutschland müssen bei hoheitlichen digitalen Identitäten Vorreiter sein und Vertrauen durch Souveränität schaffen.~~

Wer mit einer digitalen Identität ausgestattet ist, kann sich bequem authentifizieren und sichere Kommunikationskanäle etablieren. Was in skandinavischen Ländern schon lange Praxis ist, Behördengänge einfach mit dem Smartphone erledigen zu können, wollen wir auch hier erreichen und dabei auch von Anfang an Möglichkeiten für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ganzheitlich denken.
Sichere und geschützte digitale Identitäten bilden das Fundament für sichere digitale Infrastrukturen, sowohlfür moderne staatliche Dienstleistungen als auch für Nutzung privater Dienste.
Wir wollen digitale Serviceangebote der Verwaltung als Plattform für Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft begreifen und durch modulare sowie sichere Komponenten einen Mehrwert für alle schaffen. So wollen wir eine Identitäts-Infrastruktur schaffen, die es natürlichen und juristischen Personen erlaubt, ihre digitale Identität mithilfe von Smartphones, Onlinediensten oder Ausweisdokumenten zu nutzen und neue, abgeleitete Identitäten mit eigenen Erweiterungen zu nutzen. Mit Offenheit und Technologieneutralität wollen wir Digitale Identitäten zu einer Basisinfrastruktur unseres digitalen Gemeinwesens machen. Jede Person soll mit einer kostenfreien digitalen Identität ausgestattet sein, um sich digital ausweisen und digital unterschreiben zu können.
Ein solches Smartphone-Wallet kann in allen Sektoren verwendet werden. Im Rahmen einer ganzheitlichen eGoverment-Strategie wollen wir einen Mobilpass für unterschiedlichste Mobilitätsangebote, Serviceangebote der Verwaltung, eHealth- und eJustice-Infrastrukturen und auch digitale Beteiligungsformate ermöglichen. Gleichzeitig wollen wir die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen, dass auch die Wirtschaft branchenübergreifend dieses 2-Faktor-Verfahren nutzen kann, etwa für sichere Loginverfahren, Finanz- oder Versicherungsdienstleistungen oder durch digitale Vollmachten erlaubte Zugriffe im Sinne der

Datenportabilität auf öffentliche Register, etwa zur Verifikation von Führerscheinen.
Europa und Deutschland müssen bei hoheitlichen digitalen Identitäten Vorreiter sein und Vertrauen durch Souveränität schaffen.

Begründung

Ich möchte mit diesem Text den Aufschlag machen für eine deutsche XRoad nach dem Vorbild aus Estland. Der aktuelle Text beschränkt sich auf Digitale Identitäten natürlicher Personen und übersieht das Potenzial für ein sicheres digitales Fundament unseres digitalen Gemeinwesens, auf dem alle anderen digitalen Dienstleistungen aufbauen können. Er ging nicht über bereits in der Umsetzung der Bundesregierung (BT-Drs. 19/28169 https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/281/1928169.pdf) befindlichen Pläne hinaus und hat Potenziale für die Wirtschaft und Zivilgesellschaft übersehen.

Mit einer Ende-zu-Ende abgesicherten Infrastruktur lässt sich diese Token-Infrastruktur für diverse andere Bereiche einsetzen, etwa für einen Mobilpass für ÖPNV und andere Mobilitätsangebote, für die Nutzung von Ladesäulen oder um das Rad nicht mehrfach erfinden zu bezahlen zu müssen (eHealth, eJustice, digitale Verwaltung).

Wir sollten eGovernment-Projekte modular und erweiterbar gestalten, dieses Modul kann als Anmelde- und Nachweisverfahren eine Basistechnologie für alle anderen Bereichen dienen und Signaturkarten, Heilberufsausweise oder beispielsweise VISA-Dokumente ersetzen.

weitere Antragsteller*innen

Laura Sophie Dornheim (KV Berlin-Lichtenberg); Danyal Bayaz (KV Kurpfalz-Hardt); Carla Dietmair (KV Berlin-Mitte); Michael Wustmann (KV Berlin-Mitte); Torsten Leveringhaus (KV Darmstadt-Dieburg); Philipp Lang (KV Stuttgart); Christian Storch (KV Berlin-Pankow); Arnhilt Kuder (KV Heidelberg); Kirsten Bock (KV Plön); Mathias Schindler (KV Potsdam); Marie Heymann (KV Hamburg-Altona); Richard Ralfs (KV Rhein-Sieg); Falco Weichselbaum (KV Bonn); Christoph Bose (KV Bonn); Alexander Schnapper (KV Frankfurt); Christoph Gaa (KV Darmstadt-Dieburg); Antje Tauchmann (KV Frankfurt); Sandra Richter-Janicijevic (KV Frankfurt); Benedikt Wildenhain (KV Essen); Daniel Gerber (KV Leipzig); David Mohr (KV Bremen-Mitte); Friederike von Franqué (KV Frankfurt); Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg); Jörn Pohl (KV Kiel); Malte Spitz (KV Unna); Robert Helling (KV München); Philipp Lohner (KV Frankfurt); Matthi Bolte-Richter (KV Bielefeld); Dinah Schmechel (KV Berlin-Mitte); Michael Servatius (KV Berlin-Kreisfrei); Alexander Salomon (KV Karlsruhe); Johannes Rehborn (Hannover RV); Mathias Engling (KV NWM/Wismar); Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte); Andreas Saakel (KV Lahn-Dill); Alper Cugun-Gscheidel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Vérane Meyer (KV Berlin-Neukölln); Ernesto Ruge (KV Bochum); Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Miriam Nora Lungwitz (KV Frankfurt); Tabea Rößner (KV Mainz); Erich Pawlik (KV Hochtaunus); Tobias Brühne (KV Berlin-Pankow); Claus Scholl (KV Bonn); Nils Leopold (KV Berlin-Mitte); Christian Tramnitz (KV Hochtaunus); Sabina Eberlein (KV Wetterau); Caroline Krohn (KV Lahn-Dill); Antonius Naumann (KV Potsdam); Jim Martens (KV Hamburg-Eimsbüttel); Martin Kirsch (KV Gießen); Alexandra Geese (KV Bonn); Julia Eisentraut (KV Lippe); Oliver Edgar Münchhoff (KV Berlin-Kreisfrei); Florian Winkler (KV Uckermark)